

## **Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig nimmt als Kämmerer der Stadt Koblenz eine Einleitung in die Thematik vor. Hierbei spricht er unter anderem nachfolgende Punkte an:

- Nettoneuverschuldung von 24,73 Millionen Euro
- Gesamtverschuldung (inkl. Eigenbetriebe) von 500 Millionen Euro
- Bisherige Haushaltssanierung eine großartige Leistung, die die ADD auch anerkennt
- Trotzdem schwierige Gespräche mit der Kommunalaufsicht
- Allgemeine Haushaltsgrundsätze, Haushalt muss in Planung und Rechnung ausgeglichen sein, seit Jahren keinen ausgeglichenen Haushalt mehr, daher Bedingungen und Auflagen zu erwarten
- Müssen Einigung mit der ADD erzielen, da ansonsten Probleme im freiwilligen Leistungsbereich
- Bisherige Verhandlungsergebnisse sind dem Stadtrat bekannt
- Steuererhöhungen
- Kampf mit Bund und Land weiterführen, ändert aber nichts an der Tatsache, dass der Haushalt 2015 genehmigt werden müsse, um Chaos zu vermeiden

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann empfindet, dass die Sparbemühungen nicht richtig anerkannt würden. Gesparte Mittel würden immer wieder „aufgefressen“. Die SPD-Fraktion meldet Beratungsbedarf an.

Rm Diederichs- Seidel (Bündnis 90/Die Grünen) spricht sich gegen eine Steuererhöhung aus, da diese zu einer Spirale werde und geänderte Steuersätze dann wieder anderen Kommunen vorgehalten würden. Dies sei nicht nachhaltig. Schulden abzubauen müsse Priorität haben.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig ergänzt, dass an der Genehmigung des Haushaltes auch die Zustimmung zum Hallenbadprojekt mit Bildung einer Tochtergesellschaft hänge. Der bisherige Finanzierungsweg sei grundsätzlich geeignet.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schumann- Dreyer erklärt, die CDU-Fraktion hätte heute nicht zugestimmt. Man habe stattdessen einen Alternativvorschlag zur Steuererhöhung.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig erklärt, Alternativen müssten mit der ADD vorberaten werden. Daher bitte er um Nennung der Alternativen, um diese prüfen zu können. Damit dürfe man nicht bis zur nächsten Stadtratssitzung warten.

Rm Wefelscheid (BIZ) erklärt, seine Fraktion hätte ebenfalls nicht zugestimmt, da das Konnexitätsprinzip keine Beachtung finde. Einsparmaßnahmen würden immer wieder „aufgefressen“. Er wolle wissen, ob durch eine mögliche Steuererhöhung nicht die Schlüsselzuweisung B2 weniger werde.

Frau Brockmann- Kneip (20) antwortet, bei der Ermittlung der Schlüsselzuweisung werde die Gemeinde so gestellt als habe sie ihre Hebesätze erhöht. Die Novellierungssätze des Landes würden zu Grunde gelegt.

Rm Veidt spricht sich ebenfalls gegen eine Steuererhöhung aus. Eine Erhöhung, alle zwei Jahre, sei sozial unverträglich und insbesondere die Grundsteuer B eine Belastung für Koblenzer Mieter.

Rm Schupp (FDP) führt aus, auch die FDP-Fraktion hätte heute abgelehnt. Seine Kritik richtet er an Bund und Land.

FBG- Fraktionsvorsitzender Gniffke erläutert, seine Fraktion hätte heute zugestimmt um einen genehmigten Haushalt zu bekommen. Aber auch er habe das Gefühl, dass die Sparbemühungen nicht anerkannt würden.

AfD- Fraktionsvorsitzender Scheer führt aus, seine Fraktion hätte heute auch abgelehnt aufgrund der Verletzung des Konnexitätsprinzips.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schumann-Dreyer trägt vor, dass die Stadt für die Unterbringung und Integration von Asylsuchenden Kosten in Höhe von 4 Millionen erwarte. Von Bund und Land erhalte man nur 1 Mio., sodass die Stadt  $\frac{3}{4}$  der Kosten alleine zu tragen habe. Dies solle Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig in die Beratungen mit der ADD einbringen. Welche Form der Finanzierung zu Priorisieren sei, sei nicht vorgegeben, so der Städtetag Rheinland-Pfalz. Allerdings solle die Finanzierung von einer Nachhaltigkeit geprägt sein. Dies sei bei Steuererhöhungen nicht der Fall, da gerade die Gewerbesteuer hohen Schwankungen unterliege. Koblenz solle sich bei den Hebesätzen an Umlandgemeinden orientieren und nicht zum Beispiel an der Stadt Mainz. Die Kompensation von fehlenden Haushaltsmitteln könne auch anders erreicht werden. Die Stadtwerke würden derzeit nur 1 Mio. Euro ausschütten, könnten jedoch mehr leisten. Die CDU- Fraktion schlage daher eine Ausschüttung von 6 Millionen Euro vor.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig entgegnet, man könne den Stadtwerken nicht eine Investition von 20 Millionen Euro zuweisen und gleichzeitig eine Ausschüttung in dieser Höhe erwarten, aber er werde den Vorschlag der CDU-Fraktion prüfen lassen und mit der ADD besprechen. Auflagen würden allerdings trotzdem formuliert.

FDP- Fraktionsvorsitzender Mertin ist auch der Ansicht, dass die Sparbemühungen nicht wahrgenommen würden. Eine Steuererhöhung sei nicht nachhaltig; ein Defizit entstehe trotzdem. Zudem bemängelt er die Änderung der Richtlinie der ADD, dass freiwillige Leistungen, die mit einem Gebäude verbunden seien, in dem Moment zu einer neuen freiwilligen Leistung würden, wenn das Gebäude im Abgang sei. Diese Änderung sei schlecht und viel zu spät kommuniziert worden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig fasst die Problematik zusammen und vergleicht die beiden Alternativen. Auch das Einstellen von Reserven sei nicht nachhaltig.

Rm Diehl (CDU) zitiert aus dem letzten Bericht der Stadtwerke und macht auf die hohen Rücklagen aufmerksam. Diese einzusetzen sei nachhaltiger als die Gewerbesteuererhöhung.

Frau Brockmann- Kneip (20) macht darauf aufmerksam, dass die genannten Rücklagen nicht auf der Bank zur Verfügung ständen, sondern es handele sich hierbei um gebundene Mittel.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Joachim Hofmann-Göttig leitet zur Abstimmung über.

### Abstimmungen

TOP 1            Beratungsbedarf, vertagt.

TOP 2            Beratungsbedarf, vertagt.

TOP 3            einstimmig bei 5 Stimmenthaltungen, geändert:

„1.

die gemäß **Anlage 1** beigefügte Änderung der Haushaltssatzung der Stadt Koblenz für das Haushaltsjahr 2015 vom 19.12.2014, **wobei für die Grundsteuer B der bisherige Hebesatz von 420 v.H. und für die Gewerbesteuer der bisherige Hebesatz von 410 v.H. bestehen bleibt.**

und nimmt zur Kenntnis,

dass über die von der kommunalen Vertretungskörperschaft bereits beschlossene Annahme der von der Sparkasse Koblenz zugesagten Spende in Höhe von 550.000 Euro (wovon 259.000 Euro auf den freiwilligen städtischen Leistungsbereich entfallen) und den in 2015 kassenwirksam werdenden zusätzlichen Ertrag aus dem Verkauf des Altstandortes Weisser Gasse (ehemaliges Stadtbad), welcher noch nicht etatisiert ist, der Gesamtzuschussbedarf des freiwilligen Leistungsbereiches der Stadt Koblenz eine entsprechende Reduzierung und damit Verbesserung erfährt. „